

Klärung ist auch von entscheidender Bedeutung für die Einschätzung der gegenwärtigen Lage in Deutschland und der internationalen Lage. Ich meine die Frage, worin die Ursache der Spannungen in Europa liegt.

Es standen sich zwei Meinungen gegenüber: die Meinung der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik, daß die Ursache dieser Spannungen das Wiedererstehen des deutschen Militarismus und seine führende Rolle in der Bundesrepublik sei, und die Meinung der Westmächte, die Spaltung Deutschlands sei der Grund. Lassen Sie mich kurz sagen, weshalb die Meinung der Westmächte unrichtig ist:

Es geht nicht darum, ob Deutschland einheitlich oder gespalten ist, sondern es geht in erster Linie darum, ob es ein friedliebendes oder ein kriegerisches Deutschland ist. Ein einheitliches Deutschland haben wir bekanntlich bis 1945 gehabt. Das einheitliche Deutschland hat den ersten Weltkrieg geführt, das einheitliche Deutschland hat unter Hitler die europäischen Völker überfallen. Es gab also entscheidende Spannungen in Europa, und es gab sogar zwei große Weltkriege, die von Deutschland ausgingen, obwohl es ein einheitliches Deutschland gab. Die Tatsache eines einheitlichen Deutschlands ist deshalb an sich niemals eine Grundlage dafür, daß es keine Spannungen in Europa gibt und daß ein neuer Krieg vermieden wird, sondern dieses Ziel kann nur dann erreicht werden, wenn das Deutschland, das besteht, ein friedliebendes, ein demokratisches Deutschland ist. Deswegen hat es heute keinen Zweck, wie das die Westmächte getan haben, große Theorien darüber zu entwickeln, durch die Spaltung Deutschlands entstünden Spannungen. Die Spannungen entstehen dadurch, daß sich in Westdeutschland der deutsche Militarismus wieder installiert hat.

Die sich daraus ergebende notwendige Schlußfolgerung, den deutschen Militarismus zu bändigen, um die Spannungen in Europa zu überwinden, wurde gerade während der Genfer Konferenz vielfach durch Tatsachen bestätigt. Man könnte beinahe denken, daß sich die deutschen Militaristen vorgenommen hätten, besonders während der Genfer Konferenz ihre gefährliche Rolle vor der Weltöffentlichkeit klarzustellen, wenn man sich auch nur ein wenig diese Tatsachen in die Erinnerung zurückruft. Am laufenden Band wurden Revanchistentreffen durchgeführt, und die dort gehaltenen Reden wurden immer brutaler und aggressiver. So hat es Minister Oberländer fertiggebracht, kurz vor Beginn der Genfer Konferenz in einer Rede zu erklären, man müsse endlich die Frage der Reparationen stellen, die Polen und die CSR an die Umsiedler zu zahlen hätten, und er hat diese Ansprüche auf Milliarden beziffert. Während der Genfer Konferenz hat Herr Adenauer auf dem CSU-Parteitag in München erklärt, es ginge nicht um die Wiedervereinigung, sondern um die „Befreiung der 17 Millionen der Ostzone“. In Köln produzierte er sich am letzten Sonntag auf dem Schlesiertreffen, um zu verkünden, daß Schlesien zum Deutschen Reich gehöre. In München erklärte Kriegsminister Strauß: „Wir lassen uns gern als kalte Krieger bezeichnen, wenn wir nur unser Ziel erreichen.“ Was das Ziel des Herrn Strauß ist, wissen wir genau: es ist der dritte Weltkrieg. Um das Bild abzurunden, versicherte noch Minister Seehofer in Waiblingen, daß die Sudetendeutschen in ihre Heimat zurückkehren würden. Ich habe absichtlich nur amtierende Bundesminister zitiert, weil man von westdeutscher Seite oft den Einwand erhebt, die Sprecher der Landsmannschaften seien irgendwelche, nicht in staatlichen Funktionen befindliche Persönlichkeiten, und die Auffassung von Freiheit in Westdeutschland bestehe darin, daß man diese Verbrecher ihre verbrecherischen Reden halten läßt. Aber diese Ausrede wirkt auf niemanden mehr. Inzwischen haben sich die Adenauer, Strauß, Oberländer und Seehofer an die Spitze der revanchistischen Bewegung gestellt.

Die Westmächte konnten es nicht verhindern, daß es auf der Genfer Konferenz eine Diskussion über den deutschen Militarismus gab. Zu dieser Frage haben im Konferenzsaal ausführlich sowohl die sowjetische Delegation wie auch die Delegation der Deutschen Demokratischen Republik Stellung genommen und dadurch die westliche Seite ziemlich stark in die Defen-

sive gedrängt. Man kann nicht sagen, daß die defensiven Maßnahmen, die von dort erfolgten, übermäßig geschickt gewesen wären. Wenn man sich z. B. daran erinnert, daß Herr Couve de Murville, der französische Außenminister, der bekanntlich jahrelang französischer Botschafter in Bonn war, auf der Außenministerkonferenz erklärt hat, er habe in Westdeutschland nicht die Spur von Tendenzen revanchistischer oder militaristischer Erscheinungen entdeckt, so habe ich mir erlaubt, jeder der französischen Delegationen, die uns aufsuchten, — und es waren nicht wenige — diesen Ausspruch mitzuteilen mit der Bitte, sie sollten ihre Meinung dazu sagen. Unter allen diesen Franzosen, die uns aufsuchten, war nicht einer, der mit Herrn Couve de Murville übereingestimmt hätte.

Friedensvertrag mit Deutschland — der kürzeste Weg zur Wiedervereinigung

Auf der Grundlage der Erkenntnis, daß es darum geht, den deutschen Militarismus zu bändigen, wurde von uns in Genf dargelegt, daß deshalb der Friedensvertrag an der Spitze der Lösungsmöglichkeiten für die Deutschlandfrage stehen muß und daß über ihn der kürzeste Weg zur Wiedervereinigung führt. Es gab in Genf, ob die Westmächte wollten oder nicht, eine konkrete Diskussion über den Entwurf eines Friedensvertrages. Die westlichen Vertreter erklärten zwar zunächst, sie seien nicht für einen Friedensvertrag mit zwei deutschen Staaten, weil sie mit einem einheitlichen Deutschland Krieg geführt hätten und deshalb auch mit einem einheitlichen Deutschland Frieden schließen müßten. Man könnte zu diesem weder durch Logik noch durch sonstige Argumente gestützten Standpunkt sehr viele Fakten aus der Geschichte anführen. Jedenfalls haben wir nicht die Absicht, ein militaristisches Groß-Deutschland wieder zuzulassen, damit für die Westmächte ein Partner für den Friedensvertrag da ist, abgesehen davon, daß auch die Geschichte zeigt, daß, wenn ein Staat nach einem Kriege nicht mehr vorhanden ist, die Nachfolgestaaten Partner eines Friedensvertrages sind. Es muß auch im westlichen Lager erst der Völkerrechtler gefunden werden, »der imstande wäre, für die These der Westmächte eine halbwegs zureichende Begründung zu geben.

Viel interessanter war, daß diese Diskussion die Westmächte auch zu einigen Feststellungen brachte, die für die weitere Problematik in Deutschland von großer Bedeutung sind. Um nämlich seine These zu stützen, man könne nur mit einem einheitlichen Deutschland Frieden schließen, erklärte Herr Herter eines Tages, keine der beiden bestehenden deutschen Regierungen könne ganz Deutschland vertreten. Wir haben das zustimmend zur Kenntnis genommen, nicht, weil wir der Meinung sind, daß man deswegen den Friedensvertrag aufschieben müsse — denn es müssen eben beide deutschen Staaten Partner des Friedensvertrages sein —, sondern weil das wieder ein Schlag gegen die Position der Adenauer-Regierung, gegen ihren Anspruch auf die alleinige Vertretung Deutschlands war. Nebenbei bemerkt, hat diese Rede des Herrn Herter Herrn von Eckardt einige Schwierigkeiten auf seiner nächsten Pressekonferenz gemacht. Er konnte nicht gegen Herter auftreten und versuchte zu retten, was zu retten war. Er sagte, sie hätten diesen Anspruch niemals völkerrechtlich gemeint, sondern das wäre ein politischer Anspruch. Dieses Rückzugsgefecht des Herrn von Eckardt wird an der Einschätzung der Lage, wie sie auch in den westlichen Ländern vor und nach Genf erfolgt ist, nichts ändern.

Im Zusammenhang mit der Diskussion über den Friedensvertrag machte die Sowjetunion einige neue Vorschläge, um zu zeigen, daß es sich bei ihrem Friedensvertragsentwurf um einen Diskussionsentwurf handelt, über den man in einzelnen Fragen durchaus sprechen kann. So wurde z. B. der Vorschlag gemacht, daß, falls im Zeitpunkt des Abschlusses des Friedensvertrages noch nicht die Voraussetzungen bestünden, daß beide deutsche Staaten aus den bestehenden Militärbündnissen ausscheiden, eine zeitweilige Beibehaltung dieser Mitgliedschaft diskutabel wäre. Außenminister Gromyko schlug in anderem Zusammenhang vor, daß auch über die ökonomischen Bindungen der